

18.08.09

Tourismus und Atomtransport nicht vereinbar

cn/tas. – „Eines ist den Grünen und OB Stabbert in der Frage der Atomtransporte gemeinsam: Der Ärger über den Umgang mit dem Thema“, so der Ortsvorstand der Bündnisgrünen in einer Stellungnahme zur Pressemitteilung von OB Stabbert von Freitag in den CN. Nur: Die Gründe für die Verärgerung sind unterschiedlich.

Für die Grünen besteht der eigentliche Skandal darin, „dass staatliche Stellen unter Ausschaltung der Öffentlichkeit und ohne die Stadt und deren Bewohner zu informieren das Verladen von hochgiftigen MOX-Brennstäben für den Betrieb in Atomkraftwerken üben“. Grundsätzlich stellen sie fest: „Heimlichtuerei und Zurückhalten von Informationen dürfen keine Elemente staatlichen Handelns in einer aufgeklärten Gesellschaft sein. Das gilt auch, wenn es sich um ‚schwierige‘ Bereiche handelt.“ Verhalten sich staatliche Stellen dennoch im oben genannten Sinne, ist es nach Ansicht der Grünen „Aufgabe der Öffentlichkeit, der Presse und der Bürger, dagegen mobil zu machen – alles andere öffnet staatlicher Willkür Tür und Tor – wie man am Beispiel Asse sehen kann.“

Öffentlichkeit ist Pflicht

Weiter heißt es in der Stellungnahme: „Vor diesem Hintergrund haben die Grünen es als ihre Pflicht angesehen, hier in Cuxhaven die Öffentlichkeit zu mobilisieren, um Schaden von der Stadt Cuxhaven, den Bürgern und Kurgästen, den Betrieben der Windbranche und damit auch von der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region abzuwenden. Denn Anlandung, Umladung und Weitertransport von hochgiftigen Mox-Brennstäben und Tourismus vertragen sich genauso wenig wie Demokratie und Heimlichtuerei.“

Man kann eine Region schwerlich darstellen als Vorzeigestandort für Erholung, als Musterregion für regenerative Energien, die ja gerade auf Dauer Atomkraftwerke überflüssig machen sollen, wenn man gleichzeitig den problematischen Ver- und Entsorgungswegen von radioaktivem Material den Hafen öffnet.

„MOX-Transporte kein Anlass zur Hysterie“

FDP-Fraktion warnt vor Überreaktion zum Thema

cn/ters. – In einer Stellungnahme zu den geplanten Atomtransporten über Cuxhaven hat der Fraktionsvorsitzende der FDP im Rat, Helmut Wagner, vor Hysterie und Überreaktionen gewarnt: „Die Sicherheit unserer Bürger und Bürgerinnen hat Vorrang; Hysterie ist ein schlechter Ratgeber.“

Ebenso wie für viele Bürgerinnen und Bürger verurteilt die FDP-Fraktion „die mangelhafte Informationspolitik der beteiligten Behörden zum Transport von MOX-Elementen: Genaue Informationen über die Transportroute und den Transportzeitpunkt sind jetzt von der Stadt Cuxhaven vom zuständigen Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter (übrigens einer Behörde, die von Präsident Wolfram König, einem Mitglied der Bündnisgrünen, geführt wird) und von der Betreiberin des KKW Grohnde, der E.ON-Kernkraft, angefordert worden“, heißt es seitens der FDP.

Plutonium enthalten

Wagner erinnert daran, dass „die Landesbehörden letztlich nur für die Sicherung der Transporte zuständig sind. Der hohe Sicherheitsaufwand folgt daraus, dass in den Mischoxidelementen, die selbst bis zu ihrem endgültigen Einsatz vor Ort nur geringfügig strahlen und durch verstärkte Transportbehälter abgeschirmt sind, kernwaffenfähiges Plutonium enthalten ist, das – einsehbar – nicht in falsche Hände geraten sollte.“

Allerdings sollten wir bei aller Skepsis und bei allen Vorbehalten Folgendes nicht vergessen: Der Seehafen Cuxhaven empfiehlt sich als Mehrzweckhafen, also auch für Transporte, die einen besonderen

Sicherheitsaufwand erfordern. Der gute Ruf des Hafens würde beschädigt, wenn wir dem hysterischen Geschrei nachgäben, denn in der Sache selbst gibt es keinen Anlass zur Hysterie.

Tourismus nicht berührt

Die nur schwach radioaktiven Transporte werden wie seit Jahrzehnten üblich durchgeführt; einige kennen diese aus Bremerhaven, wo sie seit Jahren stattfinden. Das Weltnaturerbe Wattenmeer wird nicht berührt. Der Tourismus wird aber nur dann geschädigt, wenn die GRÜNEN und die SPD, wie in solchen Fällen üblich, eine hysterische Protestwelle lostreten und dann sagen, wir wollten keine Zustände wie in Gorleben – nachdem sie solche Zustände selbst hervorgerufen haben.“

Helmut Wagner zitiert den grünen MdL Hans-Jürgen Klein (CN vom 15.8.): „Wer...empfiehlt, die unangenehmen Nachrichten unter den Teppich zu kehren, sie zu vertuschen und zu verheimlichen, ist verantwortlich für Misstrauen und Ablehnung“ und meint dazu:

„Wie wahr! Aber offensichtlich gilt diese Erkenntnis nicht für die Bündnisgrünen und die SPD in Hannover sowie für den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz und für Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) bei der Aufarbeitung von Versäumnissen der Schachanlage Asse II, wo radioaktives Material ungesichert eingelagert ist.“

So verweigerten beide Herren gemeinsam mit der Asse GmbH die Herausgabe von Akten für den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Versäumnisse im Fall der Schachanlage Asse II (6. August 2009).“

18.08.2009 CN